

Niederschrift

Gremium	Sitzung - FuG/031(IV)/07			
	Wochentag, Datum	Ort	Beginn	Ende
Ausschuss für Familie und Gleichstellung	Dienstag, 15.05.2007	Volksbad Buckau c/o Frauzentrum Courage, Karl- Schmidt-Straße 56, 39104 Magdeburg	16:30Uhr	19:15Uhr

Tagesordnung:

Öffentliche Sitzung

- 1 Eröffnung der Sitzung und Feststellung der Beschlussfähigkeit
- 2 Bestätigung der Tagesordnung
- 3 Genehmigung der Niederschrift
- 4 Öffentliche Sprechstunde
- 5 Beschlussvorlagen
- 5.1 Information zum audit berufundfamilie I0115/07
- 6 Informationen
- 6.1 Drucksache DS0163/07 - Hauptstadtvertrag
- 6.2 Aktueller Stand zum Magdeburg-Pass
- 7 Verschiedenes

Nichtöffentliche Sitzung

- 8 Verschiedenes

Anwesend:

Mitglieder des Gremiums

Heendorf, Michael
Heinemann, Klaus
Hildebrand, Jürgen Dr.
Veil, Thomas

Sachkundige Einwohner/innen

Bühnemann, Bärbel
Schumann, Carola

Geschäftsführung

Beier, Editha
Köppe, Yvonne
Ponitka, Heike

Abwesend:

Vorsitzende/r

Huhn, Dagmar

Mitglieder des Gremiums

Bork, Jana
Paqué, Sabine

Sachkundige Einwohner/innen

Hausmann, Christian

Öffentliche Sitzung

1. Eröffnung der Sitzung und Feststellung der Beschlussfähigkeit

Herr Dr. Hildebrand eröffnet in seiner Funktion als stellvertretender Vorsitzender die Sitzung und begrüßt alle Anwesenden. Die Vorsitzende, Frau Huhn, ist kurzfristig erkrankt und kann an dieser Sitzung leider nicht teilnehmen. Er stellt die Beschlussfähigkeit fest.

2. Bestätigung der Tagesordnung

Die Tagesordnung wird bestätigt.

Abstimmung: 5 / 0 / 0

3. Genehmigung der Niederschrift

Die Niederschrift der Ausschusssitzung vom 17.04.2007 wird bestätigt.

Abstimmung: 2 / 0 / 3

4. Öffentliche Sprechstunde

Zur öffentlichen Sprechstunde ist Frau Dietlind Zobel erschienen. Herr Dr. Hildebrand fragt nach ihrem Anliegen und erteilt ihr das Wort.

Frau Zobel geht es um eine bessere Integration von ausländischen Familien. Man könnte diese Familien zum Beispiel viel mehr in die Stadtteilarbeit mit einbeziehen. Auch gemeinsame Gesprächsrunden würden ein besseres kennen lernen ermöglichen. Viele ausländische Familien leben sehr zurückgezogen und separat. Hier spielen ihrer Meinung nach auch Misstrauen und Ängste eine wesentliche Rolle.

Herr Heendorf sagt, dass man zu diesen Problemen den Ausländerbeauftragten oder den Ausländerbeirat ansprechen könnte. Auch innerhalb der Fraktionen könnte über dieses Thema noch einmal diskutiert werden.

Frau Beier fügt dem hinzu, dass es hier bereits Ansätze gibt, z. B. das Integrationskonzept oder die AG Interkultur und Soziales. Auch die Kinderbeauftragte, Frau Thäger, und das Bündnis für Familie wären hier Ansprechpartner. Frau Beier fragt Frau Zobel, ob sie denn ein konkretes Beispiel einer Familie hat.

Frau Zobel antwortet, dass sie Kontakt zu einer irakischen Familie hatte, die aber inzwischen verzogen sind. Hier kamen besonders Misstrauen und Ängste zum Ausdruck.

Herr Dr. Hildebrand stellt die Frage in den Raum, wie die Initiativen von Seiten der Landeshauptstadt Magdeburg bei den Bürgerinnen und Bürgern ankommen. Vielleicht sollte hier mehr Medienarbeit betrieben werden. Auch der Familientag oder die Familienkonferenz wäre eine gute Gelegenheit, ausländische Familien einzubringen oder darauf hinzuweisen.

Herr Heendorf sagt dazu, dass die Flyer für diese Veranstaltungen auch in anderen Sprachen gedruckt werden könnten, z. B. Russisch und Englisch.

5. Beschlussvorlagen

5.1. Information zum audit berufundfamilie

I0115/07

Frau Dobronz gibt eine kurze Einführung zur vorliegenden Information I0115/07 zum audit berufundfamilie.

Weiter sagt Frau Dobronz, dass viele Führungskräfte dem Handlungsfeld „Führungsschwerpunkt“ großes Gewicht beimessen.

Zielvereinbarungen sind u. a.:

- Kinderbetreuung während den Ausschusssitzungen
- Schaffung von Telearbeitsplätzen
- Vorstellung des Frauenförderplanes im Familienportal
- regelmäßige Berichte über das audit in der Mitarbeiterzeitung

- regelmäßige Treffen der Projektgruppe
- möglicher Aufbau eines Generationennetzwerkes (Mitarbeiterbefragungen dazu sind bereits in Vorbereitung)

Frau Schumann hat zwei Fragen:

1. Es war von einer Analyse der Krankheiten der MitarbeiterInnen die Rede. Welches Ziel hat diese Analyse?
2. Wie wird der angesprochene Flyer finanziert?

Frau Dobronz antwortet, dass die Analyse der Krankheiten der MitarbeiterInnen durch das Gesundheitsmanagement erfolgt und vorwiegend zur Stressbewältigung dienen soll. Hier sollen Hauptursachen oder Hauptkrankheiten herausgefunden werden. Ob der Flyer gedruckt wird und wie er dann finanziert wird, steht noch nicht fest.

Herr Veil weist darauf hin, dass bei solch einer Analyse der Datenschutz beachtet werden sollte.

Herr Dr. Hildebrand sagt, dass psychische Belastungen oft durch Mobbing verursacht werden. Dies sollte vermieden werden. Seelische Belastungen führen zu körperlichen Krankheiten.

Herr Marske äußert, dass die Führungskräfte ein Vertrauensverhältnis zu ihren MitarbeiterInnen aufbauen müssen. Deshalb sollten so oft wie möglich Mitarbeitergespräche stattfinden. Nur so kann man Probleme erkennen und auch Mobbing entgegen wirken.

Frau Dobronz sagte dazu, dass die AmtsleiterInnen bis hin zu den GruppenleiterInnen zukünftig in den Dienstberatungen der Beigeordneten für dieses Thema sensibilisiert werden sollen.

Frau Beier erinnert an den „Ziele- und Maßnahmenkatalog“ des Frauenförderplanes 2005 – 2007. Ein Ziel davon lautet „Bessere Vereinbarkeit von Beruf und Familie“. Die vorgelegte Struktur zur Durchführung des audits berufundfamilie ist sehr gut, ebenso ist die Entwicklung und Durchführung des Mentoringprogramms der Landeshauptstadt bahnbrechend und weiterhin ausbaufähig.

Auch eine Analyse der Krankheitsbilder der MitarbeiterInnen findet sie sehr wichtig, um vorbeugen zu können.

Herr Dr. Hildebrand spricht seinen Dank an die MitarbeiterInnen der Projektgruppe für ihre sehr gute Arbeit aus. Er ist auch der Meinung, dass sich der Ausschuss in regelmäßigen Abständen mit dem Thema „audit“ beschäftigen sollte.

Herr Veil schließt sich der Meinung von Herrn Dr. Hildebrand an. Auch er findet die geleistete Arbeit anerkennenswert und sehr gut. Er fragt jedoch, ob der Begriff „Familie“ diskutiert wurde. Die Definition ist für ihn sehr weitläufig. Es sollte hier jedoch um den Schutz der Familien gehen.

Herr Dr. Hildebrand sagt dazu, dass der Begriff „Familie“ bereits ausführlich diskutiert wurde. Es ist richtig, dass dieser Begriff weit gefasst ist. Vielleicht sollte sich der Ausschuss noch einmal mit der Definition befassen.

Frau Beier sagt, dass durch die weite Fassung dieses Begriffes keine Diskriminierung zugelassen werden soll. Die gewählte Definition ist korrekt, denn sie wurde auf einem Workshop während einer FuG-Sitzung gemeinsam mit Herrn Dr. Gottschalk erarbeitet und vom FuG-Ausschuss bestätigt.

Herr Marske berichtet, dass in seinem Amt ein Pilotprojekt in Bezug auf Telearbeit läuft. Die Akten werden digitalisiert und sollen dann von zu Hause abrufbar sein. Er hält dies für einen guten Ansatz. Wichtig ist, dass die Abteilungen funktionsfähig bleiben.

Herr Dr. Hildebrand bedankt sich bei Frau Dobronz für die ausführlichen Informationen.

Die Information I0115/07 wurde zur Kenntnis genommen.

6. Informationen

6.1. Drucksache DS0163/07 - Hauptstadtvertrag

Herr Marske gibt eine kurze Einführung zur Drucksache DS0163/07 – Hauptstadtvertrag.

Orientiert hat er sich an anderen Hauptstadtverträgen, z. B. Schwerin. Wichtig ist, dass eine fest Summe vereinbart wird. Auch die interne Verständigung ist sehr wichtig. Bisher wurden die in der Vergangenheit vorgelegten Entwürfe zum Hauptstadtvertrag vom Land Sachsen-Anhalt abgelehnt. Eine Chance auf Annahme zum jetzigen Zeitpunkt sieht er darin, dass sich die Landeshauptstadt Magdeburg, wie alle anderen Kommunen in Sachsen-Anhalt auch, momentan in einer sehr schwierigen Haushaltssituation befindet und die Unterstützung vom Land dringend braucht, um Projekte zu sichern und um auch weiterhin ihre Funktion als Landeshauptstadt ausüben zu können.

Herr Heendorf fragt, warum gerade diese „Projektvorschläge in der Anlage gemacht wurden oder werden sollen?

Herr Marske antwortet, dass sich die Landeshauptstadt auch viel über „Kultur“ definiert und viele Menschen Magdeburg durch Kultur kennen lernen (Museum, Theater, Ausstellungen usw.). Ziel ist es hier Veranstaltungen finanzieren zu lassen oder zu können, die die Landeshauptstadt Magdeburg momentan nicht tragen kann (z. B. das Domjubiläum).

Herr Heendorf ist der Meinung, dass Magdeburg die Unterstützung des Landes braucht, um die Infrastruktur weiter aufzubauen. Er bittet um eine Überarbeitung der Anlage bzw. dieser Liste.

Herr Veil sagt, dass man darauf achten sollte, nicht die gleichen Fehler zu machen, wie in der Vergangenheit. Das Land muss verpflichtet werden die „Lasten“ der Landeshauptstadt mit zu tragen. Das Land sollte sich zu seiner Landeshauptstadt bekennen. Die Formulierung in diesem Hauptstadtvertrag sollte abstrakt sein. Wir brauchen Unterstützung, um als Landeshauptstadt agieren zu können.

Herr Marske ist der Meinung, dass man den Vertrag dem Land „schmackhaft“ machen sollte, besonders im kulturellen Bereich. Zurzeit sind keine Besonderheiten mehr möglich, weil keine

Mittel dafür vorhanden sind. Die Formulierung dieses Vertrages sollte möglichst unkonkret und offen sein, um einen gewissen Spielraum zu haben.

Herr Schmicker sieht die Anlage als eine Art offene Liste. Dies sind lediglich Vorschläge. Vielleicht sollte diese Liste erweitert werden.

Frau Beier sagt, dass versucht werden sollte, den Charakter einer Kooperationsvereinbarung im Hauptstadtvertrag herausklingen zu lassen. Sie ist auch der Meinung, dass sich das Land zu seiner Landeshauptstadt bekennen sollte. Weiter sagt Frau Beier, dass die derzeitige Formulierung des Hauptstadtvertrages die vom Stadtrat beschlossene Zielstellung der Charta zur Chancengleichheit für Männer und Frauen auf lokaler Ebene Außen vor lässt. Sie hat dazu eine Stellungnahme an den Oberbürgermeister geschrieben, in welcher sie darauf hinweist, dass hier eine entsprechende Ergänzung vorgenommen werden sollte. Die Stellungnahme liegt allen Ausschussmitgliedern vor.

Sie bittet die Mitglieder des Ausschusses um ihre Zustimmung zur Einbeziehung der Zielstellung in den Entwurf des Hauptstadtvertrages.

Abstimmung: 3 / 2 / 0

Nach der Abstimmung greift Herr Veil das Thema noch einmal auf. Er sagt, dass dieser Ergänzungsvorschlag hier nicht rein passt. Weiter sagt er, dass im Vertrag festgehalten werden sollte, dass die Lasten, die der Landeshauptstadt auferlegt werden, obwohl sie das Land tragen müsste, auch zukünftig vom Land getragen werden sollten.

Herr Marske sagt, dass der Stadtrat selbst den Ansatz und die Vorgabe zu einem solchen Vertrag gegeben hat. Er sei lediglich die ausführende Hand und unterbreite einen ersten Entwurf.

Herr Dr. Hildebrand äußert seinen inhaltlichen Zweifel an der Umsetzungsfähigkeit dieses Vertrages. Weiterhin bemängelt er, dass im Vorfeld keine Absprachen mit den entsprechenden Stellen des Landes zur Bereitschaft und Realisierung dieses Vertrages getroffen wurden.

Herr Heendorf ist der Meinung, dass über dieses Thema noch einmal innerhalb der Fraktionen diskutiert werden sollte.

Es wird der Vorschlag gemacht, einen entsprechenden Antrag auf Überprüfung dieses Beschlusses zum Hauptstadtvertrag an den Stadtrat zu stellen.

Abstimmung: 5 / 0 / 0

6.2. Aktueller Stand zum Magdeburg-Pass

Auf der Sitzung des Stadtrates vom 26.04.2007 wurde die gemeinsamen Eilanträge des FuG-Ausschusses und des Jugendhilfeausschusses (A0073/07 und A0073/07/1) zur Ausstellung des Magdeburg-Passes beschlossen:

„Der Oberbürgermeister wird beauftragt, den für die bedürftigen Bürgerinnen und Bürger dringend benötigten Magdeburg-Pass unverzüglich und während der Haushaltssperre ohne MVB-Ermäßigung auszustellen.“

Dagegen legte der Oberbürgermeister Widerspruch ein und kündigte eine Prüfung durch das Rechtsamt an.

Herr Marske äußert dazu, dass es eine rechtliche Verpflichtung gibt, sobald der Magdeburg-Pass ausgegeben wird. Dieser Verpflichtung kann die Landeshauptstadt durch die Haushaltssperre nicht nachkommen. Der Magdeburg-Pass ist kein „Ausweis“ im klassischen Sinne. Im Jahr 1994 wurde der Magdeburg-Pass mit einem Merkblatt auferlegt, in welchem die dadurch zu erhaltenen Leistungen stehen. Darauf könnten sich die BürgerInnen berufen. Somit musste der Oberbürgermeister Widerspruch einlegen.

Nach der anschließenden Diskussion wurde festgelegt, um eine schriftliche Stellungnahme zur Begründung der Ablehnung des Magdeburg-Passes zur nächsten FuG-Sitzung zu bitten.

Abstimmung: einstimmig

Die Niederschrift erhält ihre endgültige Fassung mit Bestätigung in der darauffolgenden Sitzung.

Dagmar Huhn
Vorsitzende

Yvonne Köppe
Schriftführerin